Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen

Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband

Band: 12 (1960)

Heft: 25

Rubrik: Die Welt im Radio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KLARHEIT

FH. Endlich ist der Entscheid des Bundesrates über den endgültigen Standort der Fernsehstudios gefallen: es bleibt bei Zürich, Genf und dem unbestrittenen Lugano, wogegen diese Orte auf dem Gebiete des Radios Konzessionen an die leer ausgegangenen zu machen haben. Er entspricht unsern Erwartungen, wie wir sie hier schon vor einiger Zeit veröffentlichen konnten.

Die erste und wichtigste Wirkung der bundesrätlichen Verfügung ist, dass damit endlich eine unklare Lage beseitigt und eine Quelle unaufhörlicher Vergiftungen in den gegenseitigen Beziehungen verschwindet. Was uns als Radiozeitung alles an Zuschriften in dieser Angelegenheit zugegangen ist, was uns an Interventionen zugemutet wurde, übersteigt das Vorstellungsvermögen. Alle, die sich mit Radio-und Fernsehangelegenheiten befassen müssen, werden ebenso froh sein wie wir, dass dieser Streit nun der Vergangenheit angehört, und eine neue, nicht mehr anfechtbare Grundlage geschaffen wurde, von der aus nun so oder so weitergebaut werden kann. Schade nur, dass der Entscheid so lange auf sich warten liess und inzwischen Ressentiments heranwuchsen, deren Beseitigung einige Zeit, vielleicht sogar personelle Aenderungen erfordern wird.

Selbstverständlich wird der Beschluss kaum irgendwo uneingeschränkte Zufriedenheit erzeugen. Es müssen alle Opfer bringen, sollen aber auch Alle etwas Neues erhalten, das sie bis jetzt noch nicht besassen. So weit scheint jedoch die Einsicht noch nicht an allen Orten gediehen zu sein. Abgesehen vom Appenzellerrecht, das jenen, die nun nicht Sitz des Fernsehens werden, zugestanden werden muss, wird aber von den neuen Fernsehorten in einer Art und Weise von Argumenten gegen die Abtretung bisheriger Radio-Kompetenzen Gebrauch gemacht, die eine grosse Unkenntnis der politischen Situation verraten. Bereits hat Radio Genf seine Regierung mobilisiert, "um die wichtigen Bestandteile des Ausdrucksmittel Radio in Genf zu behalten". Lausanne soll also in Missachtung des Bundesratsbeschlusses nur die unwichtigen erhalten. Als Grund dafür wird nur die Bedeutung des Platzes Genf angegeben. Hier zeigt sich der Egoismus in unverhüllter Form; es wird als selbstverständlich betrachtet, dass Genf das Fernsehen erhält, doch will man praktisch dafür nichts geben, - weil man eben "Genf" ist. Dabei lassen sich angesichts der Nachbarschaft der beiden grossen Städte gewiss Mittel und Wege finden, die berechtigten Ansprüche Genfs wie bisher weiter zu pflegen, sofern es nicht an gutem Willen gebricht. Doch ganz unverhohlen wird der Fünfer und das Weggli verlangt. Dem Nachbarn wird nichts vertrauensvoll überlassen, nicht einmal geprüft, ob er fähig wäre, treuhänderische Funktionen auszuüben.

Auch Zürich sucht sich offensichtlich dem Spruch des Bundesrates, soweit er sich auf die Pflicht zur Abtretung von Radiokompetenzen bezieht, soweit als möglich zu entziehen. Die bisherige Aufteilung zwischen den Studios soll bestehen bleiben, da sich hier kulturell eine Zentralisation wie beim Fernsehen nicht aufdränge. Der bundesrätliche Plan enthalte eine bedenkliche Wertstufung unter den einzelnen Studios, wogegen sich Bern und Zürich zur Wehr setzen müssten.

Man kann diese staatspolitische Kurzsichtigkeit nur bedauern. Die zu Grunde liegende Frage ist schon längst von einer bloss kulturpolitischen zu einer staatspolitischen geworden. Kulturelle Argumente folgen erst in zweiter Linie. Ob das Radio mehr föderalistisch oder wie das Fernsehen mehr zentralistisch geführt werden soll, ist heute eine sekundäre Angelegenheit. Hauptsache und ausschlaggebend muss sein, dass jene Kantone, die sich durch die Festsetzung der Fernsehstudios mit Recht als benachteiligt fühlen können, zuvorderst Waadt und Basel, unbedingt vom Bund eine wertvolle Kompensation erhalten. Es geht in einem föderalistischen Staatswesen, in welchem alle Glieder der gemeinsamen Mutter Bund gleich lieb sein müssen, einfach nicht an, einigen wenigen zentralistische Funktionen über alle andern zuzuschanzen, ohne den leer Ausgehenden nicht durch aktive Taten zu beweisen, dass sie keineswegs vergessen sind, und die andern nicht privilegiert werden sollen. Das ist eine Folge simpler Gerechtigkeit und wird in jeder recht geführten Familie so gehandhabt. Nichts ist gefährlicher in einem Bundesstaat, als das Gefühl einzelner, gleichberechtigter Mitglieder, auch dort benachteiligt zu werden, wo ein Ausgleich möglich gewesen wäre. Das könnte politische Folgen zum Nachteil der ganzen Nation nach sich ziehen, auf Gebieten, die viel wichtiger sind als Radio und Fernsehen. Unsere Regierung hat hier sicher richtig gehandelt, als sie ohne Rücksicht darauf, ob beim Radio eine stärkere Zentralisation unbedingt nötig sei oder nicht, die Schaffung zentraler Radiodirektionen in Basel und Lausanne verfügte.

Natürlich ist dies keine ideale Lösung, es ist nur das kleinste von allen Uebeln. Viele Radiofreunde werden zB. mit Sorgen nach Basel blikken, wo sich immer und seit alten Zeiten ein Geist periodisch manifestierte, der jenem im grössten Teil der übrigen deutschen Schweiz geradezu entgegengesetzt war. Doch haben alle diese Ueberlegungen vor der staatspolitischen Notwendigkeit zurückzutreten, unter allen Umständen auf dem Gebiet der Massenmedien einen Ausgleich unter den einzelnen Bundesgliedern zu schaffen. Wir müssen heute Basel bis auf weiteres die Vorschusslorbeeren entgegenbringen, dass es gewillt sein wird, seine erhöhten Kompetenzen als Treuhänderin der ganzen, deutschen Schweiz im Radio getreulich und loyal zu verwalten. Und Zürich, das selbst die gleiche Treuhänderschaft für das Fernsehen beansprucht, wird loyalerweise nicht umhin können, sie für das Radio auch Basel zuzugestehen. Bern wird seinerseits immer einen beträchtlichen Einfluss ausüben können, denn es bleibt auch Sitz der Generaldirektion der Rundspruchgesellschaft, bei der die wichtigen Fäden doch alle wieder zusammenlaufen, und behält erst noch den immer wichtiger werdenden Kurzwellendienst. Auch es kann sich nicht ernsthaft über Zurücksetzung beklagen.

Es ist dringend zu wünschen, dass nun nicht neue Kämpfe um das Für und Wider der vom Bundesrat vorgesehenen neuen Rundspruchordnung nach Sprachgebieten einsetzen, indem deren staatspolitische Notwendigkeit überall eingesehen wird. Diese erfordert ein grosszügiges Verhalten von Zürich, Bern und Genf. Nichts wäre deprimierender, als ein neues, zähes Feilschen um einzelne Programmkompetenzen. Falls keine Einigung erfolgte, könnten dann nur noch personelle Aenderungen in den leitenden Gremien durch einen Machtspruch von höchster Stelle Rettung bringen.

DUESTERE AUSSICHTEN BEIM SUEDLICHEN NACHBARN

FH. Anlässlich der bisherigen und geplanten Besuche angelsächsischer Regierungshäupter in Italien (MacMillan, Erzbischof von Canterbury, Königin von England, Präsident Kennedy) beschäftigten sich deren Radios wiederholt mit italienischen Fragen. Der bedenkliche Ausgang der italienischen Wahlen, der entgegen allen Voraussagen der regierenden katholischen Partei ein weiteres Ansteigen der Kommunisten bis in gefährliche Nähe der absoluten Mehrheit brachte, hat offensichtlich in allen Kreisen des Westens zu begreiflicher Beunruhigung geführt, wenn sie auch durch das starke Interesse an den gleichzeitigen Präsidentschaftswahlen in Amerika nicht zu Tage trat. Auch bis in offizielle, schweizerische, katholische Organe hinein ("Orientierung", "Civitas") wurden von schwerer Sorge diktierte, sehr kritische Aeusserungen sogar gegen die "Hierarchie" und den "Klerikalismus" laut, überhaupt gegen die Priesterherrschaft, wie sie heute in Italien besteht und das Land in grosse Gefahr gebracht hat. Begreiflich, wenn man an die Folgen denkt, falls an unserer Südgrenze der eiserne Vorhang niedergehen und der Papst zum Gefangenen Moskaus würde.

Wir können hier nicht die vielen Tatsachen anführen, welche in den Sendungen und Artikeln als Ursache für das unaufhaltsame Vordringen des Kommunismus in Italien seit 1948 angeführt werden. Sicher ist, dass die westliche Mehrheit im Lande ausserordentlich dünn geworden ist und eigentlich nur noch von den Frauen aufrecht erhalten wird. (Von den ca. 12 Millionen Stimmen der Democrazia christiana, der katholischen Regierungspartei, sind 8 Millionen weiblich). Die Mehrzahl der italienischen Männer stimmt in steigendem Masse für nicht- oder betont anti-katholische Parteien, trotz den klaren Geboten des Vatikans, dem Druck der herrschenden Mächte und dem hemmungslosen Kanzelmissbrauch für politische Zwecke. Erschwert wird diese Situation sehr dadurch, dass die Grosszahl der Intellektuellen und besonders auch der Studenten immer mehr dem Lager der Linken zustrebt. Ganz allgemein wird die Situation als sehr bedenklich bezeichnet, ja katholische schweizerische Zeitschriften nennen sie "niederschmetternd". Der europäische Radiodienst Amerikas meldete, dass der ganze Kirchenschatz des Vatikans. ca. 69 Milliarden, nach England und Amerika verbracht worden sei, nach Ländern, die von Protestanten geschaffen wurden und nach protestantischen Grundsätzen regiert werden - eine groteske Situation.

Interessant ist, dass sich die Radiosendungen über die Gründe der Entwicklung viel vorsichtiger äussern als die erwähnten katholischen Zeitungen. Uebereinstimmung herrscht darüber, dass die Ursache des unaufhörlichen Anwachsens der Linken eine namenlose Erbitterung breitester Wählermassen gegen den herrschenden Klerikalismus bildet. Der Vatikan steht auf dem Standpunkt, dass allein er im Besitze der Hauptwahrheit sei und infolgedessen alle andere Wahrheit von ihm "interpretiert, freigegeben oder unterdrückt" werden dürfe. Er könne also "alle Bereiche der Welt bestimmen und regeln" (inbegriffen die protestantischen), aber auch der Wissenschaft, Wirtschaft, Politik usw. So kann er heute in Italien bis in Einzelheiten hinein souverän über jeden regieren. Begreifliche Folge, dass die wirklichen Fachleute und überhaupt alle selbständig denkenden Bürger sich zur Wehr gegenüber den Priestern setzen, von denen sich jeder für überlegen hält. Eine ständige "Bemutterung" nennt es die "Civitas", eine "Auswirkung des verhängnisvollen Autoritätsprinzips, dieser ungeheuerlichen Travestie des Einheitsgedankens des Evangeliums" eine amerikanische Sendung. Nicht ohne Bewegung vermag man an ein Wort des grossen, katholischen Theologen Ignaz v. Döllinger zu denken, der 1870 das Unfehlbarkeitsdogma des Papstes nicht annahm und deswegen exkommuniziert wurde: "Wenn der Papst als unfehlbar erklärt wird, dann werden bald alle Priester daran anteilhaben wol-

len und es gegenüber den Laien herauskehren. Die Welt wird sich jedoch eine so korrumpierte Kirche nicht gefallen lassen und sie in 200 Jahren vernichten". Der Anspruch der Priester in Italien auf totale Herrschaft über alles ist heute in Italien so eklatant, dass die Bevölkerung den heutigen Zustand (nach "Civitas") als "Abdankung des Staates zugunsten der Kirche" bezeichnet. Wir haben noch schärfere Ausdrücke gehört. Es ist fraglich, ob das noch 100 Jahre dauern kann, wie Döllinger meinte.

Das Verhängnisvollste ist, dass die autoritätsgewohnten Volksmassen sich nicht zur Freiheit des Christenmenschen bekehren, der im Vertrauen auf Gott mutig Selbstverantwortung und Selbstentscheidungen auf sich nimmt, sondern das Heil nur in einer andern Autorität suchen. Nachdem die Autorität der totalitären Kirche versagt hat, strömen sie der Idee der Autorität des totalitären Staates zu, der ihnen das Paradies bringen soll. Der Sprung ist nicht weit, das System wird nicht gewechselt. Die einzige Gruppe, die den autoritätsfeindlichen Standpunkt vertritt, die will, dass der einzelne Mensch als Gottes Ebenbild in Freiheit sich entwickeln könne und müsse, die Liberalen, werden von dem abhängigkeitsgewohnten Volk nicht gehört, abgesehen von einer Elite. Das ist besonders die grosse Sorge der Amerikaner, die hier vor einem Rätsel stehen, das jedoch angesichts der jahrtausendealten Unterwerfung unter geistige Beherrschung keines ist. Mit blosser Schulbildung, wie sie naiverweise glauben, ist das nicht auszurotten (abgesehen davon, dass die Schulen ja auch im totalen Besitz der autoritären Mächte sind, und keine Aussicht besteht, sie zu entkonfessionalisieren).

Die angelsächsischen Sendungen haben die Schlussfolgerung nicht zu ziehen gewagt, aber in den katholischen Berichten kann man es schwarz auf weiss lesen: "Die Erfahrung beweist stets neu, dass es der Kirche in ihrer Form und dem Verhalten der Hierarchie zuzuschreiben ist, wenn die kommunistische Anhängerschaft ein weit grösseres Ausmass annimmt..." Eine schwerere Anklage lässt sich kaum mehr erheben; schade nur, dass die Erkenntnis so spät kommt. Sie gilt auch für Frankreich und das immer stärker gärende Spanien, überall dort, wo der freie Christenmensch die geistigen Autoritätsansprüche nicht zu überwinden vermochte, und der Absolutismus in den religiösen Institutionen erhalten blieb, dh. mit der christlichen allgemeinen und gleichen Brüderlichkeit nicht radikal Ernst zu machen versucht wurde. Die Entthronung der Privilegierten verspricht jedoch der Kommunismus, und da die Erbitterung gegen das geltende Regime so gross ist, prallen alle Vorhalte, dass es unter dem Kommunismus sicher nicht besser würde, an den Massen ab. "Schlimmer als es jetzt ist, kann es nicht mehr werden", hört man immer wieder, besonders bei den jungen Intellektuellen.

So sind die Aussichten sehr dunkel. Zwar versucht der Westen das geltende Regime soviel er kann zu stützen, um das Land vor dem Absturz zu bewahren. Auf diesem Hintergrund erklären sich auch die Anteilnahme westlicher Staatsmänner nach den Wahlen: der Besuch MacMillans, des Erzbischofs von Canterbury, der Königin von England usw. Dem italienischen Volk soll klar gemacht werden, wie angesehen und mächtig Italien unter seinem jetzigen Regime sei, wie es von den grössten Ländern umworben werde. Wir vermögen nicht recht an einen nachhaltigen Eindruck auf die radikalisierten und erbitterten Massen zu glauben. In gewissen katholischen Kreisen erwartet man wiederum Wunder vom kommenden katholischen Konzil, das direkt als "Reform-Konzil" angesprochen wird. Es sollen schon gegen 2000 Anträge eingegangen sein. Doch glaubt man im Ernst, die teilweise dogmatisch fundierten Herrschaftsansprüche des Vatikans beschneiden zu können? Es wäre schon ein gewaltiger Fortschritt, wenn man sich wieder zu den toleranten Ueberzeugungen des unterdrückten Josefinismus zurückfinden könnte. Doch selbst das wird in Rom als ausgeschlossen bezeichnet. So besteht die Gefahr, dass die Erbitterung und der Anstieg der kommunistischen Partei weiter anhält, was weltweite Wirkungen haben müsste.

HIER IST NICHT DAS HIMMELREICH

Zu einer Hörfolge von Peter Lotar (SWF/Basel

KiRu. Am 20. November 1910 starb der 82jährige Leo Tolstoi auf einer Reise in Astapowno, das wir aus dem Kriege als Kaluga kennen. Bei diesem Lebensende vor einem halben Jahrhundert knüpft die Hörfolge von Peter Lotar an. Die Gräfin Tolstoi eilt herbei, wird zu dem Sterbenden aber nicht zugelassen. Ein Reporter ist der Situationsschilderer und gehört zu den Stichwortgebern für die Entfaltung eines Wesensbildes des grossen russischen Dichters. So mischen sich Hörspielelemente und Meditation, Szene und Deutung, die ein Leben, ein Werk aufrollen, eine Persönlichkeit vergegenwärtigen. Die Dialogpartien der Sendung sind allerdings weniger haftend als die sehr dichte Tolstoi-Interpretation, die den Dichter in seiner Wesensart, seiner Weltanschauu seiner sozialen Verantwortung, seiner urchristlich geprägten Haltung erfassen, Bezüglichkeiten, die ihn stets von neuem in Konflikte stürzten - mit den Menschen seiner Familie, mit den Standesgenossen, mit der Orthodoxen Kirche. Aber nicht nur das bringt die Hörfolge zum Ausdruck. Sie dringt auch tief ein in die geistig-seelische Verfassung des schöpferischen Menschen, der im Schaffensprozess, im Zustand dessen, was man leichtfertig Glück nennen möchte, im Drang zum Vorbildlichen nahe bei der Todessehnsucht hat leben müssen. So hat die Sendung vielfältige Dimensionen und Perspektiven. Ihr besonderes Kennzeichen ist ein Streben nach Gerechtigkeit auch den Menschen gegenüber, die den Grafen bei aller Zuneigung nicht in die Bereiche begleiten zu können glaubten, die sie als utopisch empfanden. So erscheint etwa die Gräfin Tolstoi bei Lotar in einem sympathischeren Licht, als die Literaturüberlieferung es ihr zugebilligt hat. Das Werk des Dichters aber ist frei von Patina. Es lebt und mit ihm sein Schöpfer. Das zu bestätigen ist der Hörfolge von Peter Lotar uneingeschränkt gelungen.

Von Frau zu Frau

SIE WILL MICH KAUFEN

EB. Jüngst bin ich einer Hausangestellten begegnet, die mir ein ganz eigenartiges Geständnis machte. Sie hat eine "gute" Stelle, einen überdurchschnittlichen Lohn, ein feudal eingerichtetes Zimmer, mehr als die übliche Freizeit und erhält eine Menge Geschenke. So viele Geschenke, dass ihr wahrhaftig bange wird. Und sie gestand mir: "Ich habe Angst vor Weihnachten. Ich fürchte mich vor den vielen Geschenken. Sie will mich einfach kaufen".

Sie, die Vorgesetzte, weiss, wie schwer es heute ist, tüchtige Angestellte zu finden und zu halten. Was macht sie? Sie überschüttet sie mit Vergünstigungen aller Art. Sie "kauft" sie. Es braucht sehr viel Mut und Charakter, sich aus einer solchen Stelle zu lösen. Man fühlt sich verpflichtet - genau das, was ja auch die Absicht war. Und schliesslich ist es nicht so ganz einfach, all' diese schönen Dinge links liegen zu lassen, um an einem andern Ort schlicht seine Arbeit zu tun.

Und doch: die Hausangestellte fuhr weiter, dass sie es nicht mehr aushalte. Sie kündige trotz allem; denn sie suche nach einer menschlicheren Atmosphäre. Hier ist ein tapferer Mensch, der weiss, worauf es ankommt.

Aber mir ist in den gleichen Tagen etwas anderes begegnet. Da war ein junger Mitarbeiter, dem für das weitere Studium die Stelle während einem halben Jahr offen gehalten wurde. Er hatte mehrfach das Versprechen abgegeben, nachher wieder zurückzukommen, und die Bedingungen standen alle fest. Kurz vor Wiederantritt der Stelle aber begann das böse Spiel: er schraubte seine Forderungen unentwegt hinauf, erzählte von andern Arbeitgebern, die ihn "mit Handkuss" für einen höheren Lohn und bessere Bedingungen einstellen würden.

Wenn ein Arbeitgeber während sechs Monaten auf einen Mitarbeiter gewartet hat, so kann er ihn nicht einfach laufen lassen. Er versuchte ihn also gleichsam "zurückzukaufen". Auch er steigerte sein Angebot. Wohl oder übel. Und zufällig erzählte ich ihm meine kleine Geschichte. "Nein, ich kaufe ihn nicht", war dann das Ergebnis seiner Ueberlegungen. "Entweder liegt ihm an der bei uns menschlichen Atmosphäre, oder dann würde es auch nichts nützen, ihn kaufen zu wollen". Der junge Mann hat den Mammon gewählt, und man kann auch heute noch nicht beiden Herren dienen.

Schade. Mir fällt auf, wie wenig junge Menschen es gibt, die den Sinn des langsamen Aufbaus noch begreifen. Ach, wir alle kleben ja am Materiellen. Aber irgendwie macht es uns mehr Freude, wenn wir es aus eigener Kraft errungen haben. Wie todlangweilig, sich von Anfang an in ein sicheres, weichgepolstertes Nest zu setzen. Mir will nicht in den Kopf, dass es verhältnismässig so wenig Junge gibt, die das begreifen. Was kann ihnen denn der so leicht gewonnene Mammon schon bieten? Ein Auto vielleicht, einen Fernsehapparat? Aber sie werden die paar Jahre ohne Auto und ohne Fernsehapparat nie genossen haben. Sie überspringen ein paar Stufen und betrügen sich um diese Stufen. Was sind das doch für arme Tröpfe!

Da kommt mir wieder die tapfere Hausangestellte in den Sinn: Ich kündige trotzdem; ich wünsche mir eine menschlichere Atmosphäre! Vielleicht finden wir ein paar Minuten Zeit in unserer gehetzten Welt, uns wieder einmal zu besinnen, ob wir uns "kaufen lassen" wollen oder ob wir eine menschliche Atmosphäre suchen. Welche Wahl die richtige wäre, wüssten wir eigentlich seit 2000 Jahren....

Bildschirm und Lautsprecher

Deutschland

-In Deutschland hat man sich im Rahmen einer systematischen Untersuchungsreihe der "Union internationale de radiodiffusion" zur Hörerforschung entschlossen. Es sollen alle Lebensgewohnheiten, Radiohören inbegriffen, der Radiohörer erfasst werden.

-Der Abdruck des Programms der ost-deutschen Rundfunkanstalten ist in ganz Westdeutschland eingestellt worden. Das dürfte, besonders auf dem Gebiet des Fernsehens, die Neugierde jedoch nur vergrössern.

Belgien

-Die belgische Regierung hat die Radio-Entstörung sämtlicher Motorfahrzeuge bis zum Juni des nächsten Jahres verfügt. Auch stationäre Motoren werden davon betroffen.